

Anmerkungen zum Haushaltsentwurf des Jahres 2021

anlässlich des Beginns der Haushaltslesungen am 18. Januar 2021

vorgelegt von Oberbürgermeister Dr. Markus Naser

Bevor wir gleich in die Haushaltslesung einsteigen, möchte ich ein paar grundlegende Gedanken äußern, die angesichts der aktuellen Situation einfach gesagt werden müssen. Man muss nicht viel von Finanzen verstehen, um zu sehen, dass wir uns momentan in einer kritischen Situation befinden. Hierzu nur ein paar Zahlen. Die Pro-Kopf-Verschuldung unserer Stadt lag zum Ende des Jahres 2019 bereits bei über 1900 Euro pro Einwohner. Das war fast das Dreifache des Durchschnittswerts von anderen bayerischen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 10.000 und 20.000. Und das war der Stand VOR der Corona-Pandemie. Nach unserer derzeitigen Planung werden wir Ende des Jahres 2021 einen Schuldenstand von über 2500 Euro pro Einwohner ausweisen müssen. Dieser massive Anstieg ist zwar fast ausschließlich durch die Corona-Pandemie begründet, besser macht diese Erkenntnis unsere Situation aber auch nicht. Besonders besorgniserregend ist ein Blick auf unsere freie Finanzspanne. Diese beträgt für das laufende Haushaltsjahr MINUS 4,34 Prozent. Sie befindet sich also in einem negativen Bereich. Dafür das Wort „Schieflage“ zu verwenden, wäre noch geschönt. Schon im vergangenen Jahr ist unsere Schuldenlast massiv gestiegen, dieses Jahr wird es fast genauso schlimm werden. Von der Erfüllung der gesetzlich geforderten Mindestzuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt sind wir meilenweit entfernt. Stattdessen wächst unsere Verschuldung in einem bisher ungekannten Ausmaß. Der einzige Grund, warum unser Nachtragshaushalt im letzten Jahr von der Rechtsaufsicht genehmigt worden ist, ist der, dass die Staatsregierung verfügt hat, dass wegen Corona die Mindestzuführungsregel ausnahmsweise keine Beachtung findet. Das gilt auch für das laufende Jahr. Ob es auch für das kommende Jahr gilt, steht in den Sternen. Aber völlig unabhängig davon: Selbst wenn der Haushalt in diesem und im folgenden Jahr von der Rechtsaufsicht nicht beanstandet wird: Unsere Schuldenlast wird deshalb nicht geringer.

Zu einem ausgeglichenen Haushalt fehlen uns in diesem Jahr mehr als drei Millionen Euro. Das wäre alles kein so großes Problem, wenn mit einer schnellen Erholung unserer Einnahmen zu rechnen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Auf die Gründe will ich gar näher nicht eingehen, denn jeder kennt sie. Die deutsche Wirtschaft ist 2020 um 5 Prozent eingebrochen, die Rothenburger Wirtschaft aufgrund der Abhängigkeit vom Tourismus noch viel stärker. Und selbst wenn wir im kommenden Jahr 2022 wieder mit den Einnahmen von 2019 rechnen könnten: Die in den zwei dazwischenliegenden Jahren aufgenommenen Schulden wollen nicht nur bedient werden, sie müssen auch wieder zurückgezahlt werden.

Die Gesamtsituation wäre weniger dramatisch, wenn in den kommenden Jahren wenigstens keine größeren Investitionen auf uns zukämen. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Sanierung unserer Mittelschule wird über 30 Millionen Euro kosten. Ein Neubau wäre sogar noch teurer. Das müssen wir zwar nicht alles selbst finanzieren, aber auch nach Abzug der Zuschüsse und der Anteile der übrigen Schulverbandsmitglieder bleiben am Ende mindestens 10 Millionen bei uns hängen, wahrscheinlich sogar deutlich mehr. Hinzu kommen die dringend nötige Erweiterung der Grundschule und der Ausbau der Kindergarten- und Kitaplätze. Das will alles bezahlt werden. Mal ganz abgesehen davon, dass sich auch viele unserer Straßen in

einem sanierungsbedürftigen Zustand befinden und wir dringend eine neue Fußgängerbrücke zwischen Schwimmbad und Bleiche brauchen.

Generell gibt es ja immer zwei Möglichkeiten, mit einer angespannten Haushaltslage umzugehen: Einnahmen erhöhen oder Ausgaben reduzieren. In unserem Fall stellt sich die Erhöhung der Einnahmen als schwierig bis unmöglich dar. Auf einen guten Teil unserer Einnahmen haben wir keinen Einfluss. Und die wenigen Stellschrauben, an denen wir drehen können, befinden sich alle bereits in einem relativ hohen Bereich. Ich denke dabei insbesondere an den Hebesatz für die Gewerbesteuer und die Höhe unseres Fremdenverkehrsbeitrags.

Es kann bei der nun anstehenden Haushaltsdebatte also eigentlich nicht um die Frage gehen, was wir uns alles leisten wollen, sondern vornehmlich um die Frage, was wir uns überhaupt noch leisten können. Wir müssen dringend unsere Ausgaben reduzieren. Wir müssen gemeinsam nach Einsparmöglichkeiten Ausschau halten und diese dann auch in die Wege leiten. Wichtig ist aber, dass wir das nicht rücksichtslos machen, sondern mit Maß und Ziel. Wir müssen uns bei jedem Ausgabenposten fragen: Erreichen wir mit unserem Mitteleinsatz das, was wir erreichen wollen? Und könnten wir dasselbe Ziel nicht auch auf einem anderen, einem kostengünstigeren Weg erreichen?

Im Laufe dieses Prozesses wird es leider nicht ausbleiben, dass wir auch die ein oder andere unbequeme Entscheidung treffen müssen. Auch heute schon. Aber ohne den Mut zu unbequemen Entscheidungen werden wir unseren Haushalt nicht in den Griff bekommen.

Eines möchte in diesem Zusammenhang aber auch betonen: Ein Personalabbau wird NICHT Teil des von der Verwaltung vorgeschlagenen Sparprogramms sein. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit und keiner von ihnen soll sich um seinen Arbeitsplatz Sorgen machen müssen. In manchen Abteilungen wäre sogar eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl angezeigt, zum Beispiel im Bereich IT. Wir haben trotzdem keinen entsprechenden Antrag zum Stellenplan gestellt, weil wir als Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen wollen, wenn es um die Umsetzung von Sparanstrengungen geht.

Nun genug der Vorrede. Ich freue mich auf die nun beginnenden Haushaltsdebatten und bin sehr gespannt auf die Vorschläge, wie wir unseren Haushalt in den Griff bekommen können. Ich selbst habe mir natürlich auch meine Gedanken zu möglichen Einsparungen gemacht und werde sie an gegebener Stelle in die Diskussion mit einbringen.

Dr. Markus Naser
Oberbürgermeister